

Die „Ex-Steffi“ und die alternative Kultur in Karlsruhe

Die Geschichte der „Ex-Steffi“

Die Geschichte (siehe www.kulturoase.de) der Steffi begann 1990 mit einer Hausbesetzung in der Karlsruher Innenstadt. Die illegale Situation währte ganze 25 Tage, bis sich Hausbesitzer und BesetzerInnen auf einen Nutzungsvertrag einigten und damit die Besetzung legalisierten - schließlich stand das Gebäude seit 13 Jahren leer und eine anderweitige Nutzung war nicht abzusehen.

Nach sieben Jahren Nutzungsvertrag für die "Steffi" sollte dieses Gebäude in der Stephaniensstrasse 60-64 einem Altenheim weichen, deshalb wurde mit der Stadtverwaltung ein Nutzungsvertrag für das heutige Gebäude ausgehandelt. Seit 1997 besteht das daraufhin zu „Ex-Steffi“ umgetaufte Zentrum in der Schwarzwaldstrasse 79. Allerdings war der Nutzungsvertrag für dieses Gebäude auf zweimal drei Jahre befristet. Anfang 2003 kündigte die Stadt an, nach Ablauf dieser Zeit den Vertrag nicht zu verlängern. Dabei sollte es bleiben, obwohl es der Stadt nach eigenen Angaben nur ums Prinzip geht: derzeit gibt es keine ausgereiften Pläne für eine andere Nutzung. Obwohl in den letzten sechs Jahren 220.000 Euro Miete bezahlt wurden, will die Stadt das Gebäude ohne Not abreißen lassen.

„Kulturpolitik“ der Karlsruher CDU

Die Karlsruher CDU spricht sich für Sanierung und Konversion der großen Gebiete aus, die weitgehend ungenutzt sind. Dabei handelt es sich insbesondere um die Kasernen in Knielingen und Neureut und um Gelände hinter dem Hauptbahnhof. Das Schlachthofgelände mit Ostauenpark will sie zu einer Kulturinsel machen, die freilich vor allem auch den dringend gesuchten Sponsoren gefallen muß.

Von alternativer Kultur ist dagegen im CDU-Parteiprogramm nicht die Rede. So findet sich kein Hinweis, dass in der Fülle der Möglichkeiten für die BewohnerInnen der „Ex-Steffi“ und die Künstlergemeinschaft, die hinter dem Hauptbahnhof leben und arbeiten, eine angemessene Bleibe geschaffen wird. Dafür ist einfach kein Geld da!

Der Künstlergemeinschaft wurde zunächst eine Bleibeoption ausgesprochen, bis ein Investor gefunden worden ist, während der „Ex-Steffi“ bereits gekündigt und die Zwangsäumung ausgesprochen wurde.

Denn die „Ex-Steffi“ steht angeblich der angestrebten Konversion des rückwärtigen Bahngeländes in einen „Shopping Bahnhof“ oder ein gewaltiges „Urban Entertainment Center“ im Wege, obwohl sie ihren Platz an der äußersten Peripherie des Geländes hat und ein Teil der Gebäude dort unter Denkmalschutz steht.

Ob aber ein solches Großprojekt unter dem Namen „Time Park“ überhaupt jemals realisiert werden kann, ist noch offen.

Das Beispiel Stuttgart

Dazu ein Hinweis auf das vergleichbare Stuttgarter Projekt.

1998 wollte die Stadt Stuttgart ein ähnliches Zentrum bauen, das die Innenstadt um 40% vergrößern sollte. Damit sollte der wirtschaftliche Schwerpunkt der Stadt vom produzierenden Gewerbe zur avancierten Dienstleistungsökonomie mit hoher Wertschöpfung verschoben werden (FAZ 20.02.98). Ein wesentlicher Teil der Investitionen sollte durch die öffentliche Hand aufgebracht werden. Charakteristisch für die Stellung der Städte bei solchen Projekten zeigt die Vereinbarung Stadt mit der Bahn AG, wonach die Kommune durch planungsrechtliche Festlegungen den kalkulierten Ertrag bei der Grundstücksverwertung - unabhängig von den realen Entwicklungen auf dem Bodenmarkt - garantiert. (FAZ 14.11.1995)

Wer sich über den Fortgang des Milliardengeschäftes zum Wohle der Stuttgarter BürgerInnen ein Bild machen will, mache sich die Mühe, das trostlose Stuttgarter Gelände in seinem heutigen Zustand in Augenschein zu nehmen. Wir wünschen unserer Stadt jedenfalls keine Projekte, die als Milliardengräber enden!

Wer sich über die Vorstellungen der Planer zum "Time Park" ein Bild machen möchte, sollte sich die Webside http://www.karlsruhe.de/Wirtschaft/immo_grund.html anschauen. Er wird über die gigantischen Pläne staunen, über die Realisierung ins Grübeln kommen und sich fragen, wann die Großplaner den unübersehbaren wirtschaftlichen Niedergang und die finanzielle Bedrängnis der Kommune zur Kenntnis nehmen werden.

Das Leben in der "Ex-Steffi"

Wir haben uns vor Ort einen Eindruck über die „Ex-Steffi“ und ihre BewohnerInnen gemacht. Zur Zeit leben dort 25 junge Leute friedlich, selbstbestimmt und selbstorganisiert zusammen.

Sie zahlen für das heruntergekommene Gebäude 3000 Euro monatliche Miete (das waren ca. 230 000 Euro in den letzten 7,5 Jahren!).

Wöchentlich werden kulturelle Veranstaltungen organisiert, die ausdrücklich nichtkommerziell sind, also auch zugänglich sind für Menschen, die keine Mittel mehr zur Verfügung haben. Die BewohnerInnen unterhalten einen öffentlichen Jugendtreffpunkt mit Cafe. Sie erhalten keinerlei öffentliche Zuwendungen und finanzieren alle Aktivitäten selbst. Donnerstags gibt es ein kostenloses Essen für alle. 20 000 meist junge Menschen besuchen jährlich die öffentlichen Veranstaltungen. Die Atmosphäre ist kooperativ, hilfsbereit, tolerant und friedlich. Keineswegs aber angepasst, sondern selbstbewußt alternativ, konsumverachtend und fern jener bürgerlichen Scheinidylle, die unbelehrbar auch noch im unübersehbaren Niedergang nur kleine konjunkturelle Störungen erkennen will, welche der Markt bald schon irgendwie regeln wird...

Alle auftretenden Gruppen und Akteure arbeiten ehrenamtlich, selbstorganisiert und eigenverantwortlich!

Das äussere Erscheinungsbild

So stellt die ganze Institution angesichts des materiellen Niedergangs eines großen Teils der Gesellschaft, eine echte Avantgarde dar, die auf ihre Weise vorführt, dass ein würdiges Leben mit sehr geringem Konsum, ohne Markenklamotten und ohne Schicki-Micki-Gehabe sehr wohl möglich ist - wenn es auch selbstverständlich kein Modell für alle sein kann und auch nicht sein will!

Die "Ex-Steffi"-BewohnerInnen leiden aber darunter, dass ihnen vom Vermieter, der ja eine durchaus nennenswerte Miete kassiert, die geringen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, mit denen sie das Gebäude wenigstens äußerlich ansprechender gestalten könnten.

Wir gewinnen an dieser Stelle den fatalen Eindruck, dass ein besserer äußerer Eindruck vom Vermieter gar nicht gewollt wird!

Die politisch Verantwortlichen sind scheinbar nicht einmal bereit zu kalkulieren, was es die Stadt kosten würde, wenn die BewohnerInnen der "Ex-Steffi" Sozialhilfe in Anspruch nehmen würden und wohin ersatzweise die mittellosen oder über äußerst geringe Mittel verfügenden BesucherInnen der „Ex-Steffi“ gehen sollten, um ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen!

Die „Ex-Steffi“-BewohnerInnen verzichten bewußt darauf, persönlich das „ansprechende“ Bild angepaßter BürgerInnen abzugeben. Sie legen Wert auf ein alternatives Erscheinungsbild und das muß auch der/die etablierte BürgerIn aushalten können. Kann er/sie das nicht, dann haben wir es mit einem Fall von Intoleranz und ideologisch begründeter Ausgrenzung von Minderheiten zu tun.

Wir haben in der "Ex-Steffi" nirgendwo das Bild von Verwahrlosung, gleich welcher Art, gesehen. Wohl aber einen großen Mangel an Mitteln, der durch Improvisations- und Tatkraft ausgeglichen wird und im Ganzen ein würdevolles Leben ermöglicht

Wir treten hier keinesfalls für Personen ein, die zur Vermüllung des Straßenbildes beitragen oder durch aggressives Betteln und Verhalten auffallen. Wir lehnen auch kategorisch ab, dass es in einzelnen Fällen dazu gekommen ist, dass Pro-Ex -Steffi-Parolen an privaten oder öffentlichen Gebäuden angebracht wurden und weisen die Akteure hiermit darauf hin, dass auch in unseren Augen solche Aktionen kontraproduktiv und strafwürdig sind.

Wir treten aber dafür ein, dass die BewohnerInnen der „Ex-Steffi“ - wenn überhaupt - dann erst ausziehen müssen, wenn konkrete Verhandlungen mit Investoren über die Bebauung des Grundstückes erfolgversprechend geführt wurden (wie das für die „Künstlerinnen“ bereits geschehen ist!).

Für Investoren, die in der Größenordnung von hunderten Millionen Euro investieren können und wollen, müssen die Grundstücke nicht abgeräumt und „hübsch“ hergerichtet werden. Deren Kaufkriterien sind von ganz anderer Art!

Sollte ein Verbleiben aus wirtschaftlichen Gründen am Ende tatsächlich nicht mehr vertretbar sein, dann müssen aus der Fülle der vorhandenen, oben genannten Möglichkeiten für die „Ex-Steffi“ geeignete Räume angeboten werden!

Alternative Projekte sind förderungswürdig!

Auch früher schon gab es in unserer Stadt Widerstände gegen alternative Projekte. Wir erinnern an die Anfangsschwierigkeiten des Gewerbehofes, mit seinem Cafe Palaver, das sich zu einer höchst urbanen Institutionen entwickelt hat - zu einem Avantgardecafe in Bezug auf Qualität des Angebotes und Services, Familien- und Kinderfreundlichkeit und des Arbeitsplatzangebotes. Wir empfehlen den Stadträten, die sich so vehement gegen die „Ex-Steffi“ aussprechen, beide Institutionen einmal zu besuchen!

Einem Schreiben der Bündnis 90 / Die Grünen an die Presse entnehmen wir, dass sie sich für einen Erhalt der Kulturoase einsetzen. Attac Karlsruhe begrüßt diese Position ausdrücklich.

Wir unterstellen zunächst keiner politischen Partei, dass sie aus ideologischen Gründen gegen die „Ex-Steffi“ und ihre Bewohner vorgeht. Wir fordern deshalb unabhängig von der Attac - Kandidatenbefragung am 7. Mai 2004 von den politisch Verantwortlichen eine öffentliche Klarstellung der Sachverhalte.

Wir empfehlen allen WählerInnen, sich ein eigenes Bild zu machen! Erste Orientierung ist auch möglich über www.kulturoase.de (E-Mail: kulturoase@ilk.de) Infomaterial über: Initiative Kulturoase, Hinterm Hauptbahnhof 6a, 76 137 Karlsruhe

Da wir nicht davon ausgehen, dass die verantwortlichen Initiatoren der Bewerbung Karlsruhes zur Europäischen Kulturhauptstadt die Rechtsthematik nur als werbewirksames Eventereignis inszenieren wollen, bereiten wir uns vor, die Themen „Recht auf Arbeit“, „Recht auf Teilhabe“, „Recht auf Bildung“, „Chancengleichheit“ und „Toleranz gegenüber Minderheiten“ in öffentlichen Veranstaltungen mit kompetenten Rechtsexperten zu diskutieren. In diesem Rahmen werden wir auch die „Ex-Steffi“ betreffenden rechtstheoretischen Fragen aufwerfen.

Attac-Karlsruhe

www.attac-karlsruhe.de